

Von der Stimme zur Tat: Einbeziehung der Stimmen der Lernenden und ihrer Familien in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich

Zusammenfassender Abschlussbericht



EUROPEAN AGENCY
for Special Needs and Inclusive Education



VON DER STIMME ZUR TAT

Einbeziehung der Stimmen der Lernenden und ihrer Familien in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich

Zusammenfassender Abschlussbericht





Die Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung (die Agentur) ist eine unabhängige und selbst verwaltete Einrichtung. Die Agentur wird durch die Bildungsministerien ihrer Mitgliedsländer und von der Europäischen Kommission in Form von Beiträgen zu den Betriebskosten im Rahmen des Bildungsprogramms der Europäischen Union (EU) finanziell unterstützt.



Kofinanziert von der Europäischen Union

Finanziert von der Europäischen Union. Die von den Autoren vertretenen Auffassungen und Meinungen entsprechen jedoch nicht unbedingt denen der Europäischen Union oder der Europäischen Kommission. Weder die Europäische Union noch die Europäische Kommission können dafür haftbar gemacht werden.

Die durch Einzelpersonen vertretenen Auffassungen in diesem Dokument entsprechen nicht unbedingt der offiziellen Sichtweise der Agentur, ihrer Mitgliedsländer oder der Europäischen Kommission.

© European Agency for Special Needs and Inclusive Education 2023

Herausgeber: Anthoula Kefallinou und Diana Murdoch

Diese Veröffentlichung ist eine Open-Access-Ressource. Das bedeutet, dass sie mit einem entsprechenden Verweis auf die Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung aufgerufen, verwendet und weitergegeben werden darf. Weitere Informationen finden Sie in der Open Access-Richtlinie der Agentur: www.european-agency.org/open-access-policy.

Sie können diese Veröffentlichung folgenderweise zitieren: Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung, 2023. *Von der Stimme zur Tat: Einbeziehung der Stimmen der Lernenden und ihrer Familien in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich – zusammenfassender Abschlussbericht*. (A. Kefallinou und D. Murdoch, Hrsg.). Odense, Dänemark



Dieses Material ist im Rahmen einer **Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International** lizenziert. Sie dürfen diese Veröffentlichung nicht ohne Zustimmung der Agentur ändern oder übersetzen.

Im Hinblick auf eine bessere Zugänglichkeit ist dieser Bericht in 25 Sprachen und in elektronischem Format auf der Website der Agency verfügbar: www.european-agency.org

Der vorliegende Text ist eine Übersetzung eines Originaltextes in englischer Sprache. Bei Zweifeln an der Richtigkeit der Übersetzung gilt der englische Originaltext.

ISBN: 978-87-7599-067-2 (elektronische Fassung)

Sekretariat

Østre Stationsvej 33
DK-5000 Odense C Denmark
Tel.: +45 64 41 00 20
secretariat@european-agency.org

Büro in Brüssel

Rue Montoyer, 21
BE-1000 Brussels Belgium
Tel.: +32 2 213 62 80
brussels.office@european-agency.org



Inhalt

Einführung	5
Phase 1: Entwicklung des VIA-Rahmens für sinnvolle Teilhabe in der inklusiven Bildung und Erziehung	6
<i>Wesentliche Erkenntnisse aus der Politikrecherche</i>	6
<i>Wesentliche Erkenntnisse aus der Literaturrecherche</i>	7
Phase 2: Umsetzung des VIA-Rahmens	10
Das VIA-Toolkit	12
Kernaussagen für politische Entscheidungsträger	13
Schlussbemerkungen	15
Literatur	16







Einführung

Die Beteiligung der Lernenden und ihrer Familien an Entscheidungsprozessen und an der Entwicklung politischer Strategien zu fördern, ist für europäische und internationale Organisationen ein vorrangiges Anliegen. Dennoch wird es in der Praxis nach wie vor unterschiedlich gehandhabt, in welchem Umfang die Anliegen der Lernenden und ihrer Familien tatsächlich bei wichtigen Entscheidungen, die sie betreffen, berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Initiative **Von der Stimme zur Tat** (VIA) der Europäischen Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung (der Agentur) wurde nun untersucht, wie die Stimmen der Lernenden und ihrer Familien sinnvoll in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich einbezogen werden können. Die Maßnahme wurde als Reaktion auf Anfragen von Mitgliedern des Representative Board der Agency in den Mitgliedsländern ins Leben gerufen und trägt gleichzeitig internationalen Appellen und Initiativen Rechnung, die auf eine stärkere generationenübergreifende Beteiligung von Interessenvertretern an Entscheidungsprozessen im Bildungsbereich abzielen.

Mit „VIA“ wurden zwei Ziele verfolgt:

- Darlegung der Hintergründe und Argumente hinsichtlich der weithin anerkannten Notwendigkeit, die Stimmen der Lernenden und ihrer Familien in Entscheidungsprozesse einzubeziehen
- Eruierung der Möglichkeiten für politische Entscheidungsträger und sonstige Interessenvertreter, dieser Notwendigkeit in verschiedenen Ländern und Kontexten in der Praxis gerecht zu werden

Diese Ziele wurden in zwei aufeinanderfolgenden Phasen erreicht. Phase 1 bestand darin, dass Literatur gesichtet wurde, dass ferner die Art und Weise analysiert wurde, wie im Rahmen vergangener Maßnahmen der Agentur die Stimmen der Lernenden und ihrer Familien einbezogen wurden, und dass schließlich einschlägige Länderbeispiele zusammengetragen wurden. Im Rahmen von Phase 2 wurde in drei Ländern (Island, Malta und Norwegen) intensiv daran gearbeitet, effektive Möglichkeiten der Einbeziehung der Lernenden und ihrer Familien zu ermitteln und zu erproben.

Phase 1 und 2 haben folgende Outputs hervorgebracht:

- eine **Literaturübersicht** mit konzeptionellen und empirischen Hintergründen zur VIA-Initiative (Europäische Agentur, 2022a)
- einen **Synthesebericht** mit allen Maßnahmen und Hauptresultaten der VIA-Initiative (Europäische Agentur, 2022b)
- das **VIA-Toolkit** – ein praktisches Online-Hilfsmittel mit Handlungsansätzen
- eine **Infografik** mit einer Darstellung des VIA-Rahmens für sinnvolle Teilhabe in der inklusiven Bildung und Erziehung sowie der Kernaussagen der Initiative
- ein Video, in dem die Stimmen der Lernenden, Familien und politischen Entscheidungsträger auf einer VIA-Veranstaltung präsentiert werden
- diesen Abschlussbericht mit einer Zusammenfassung der Methodik und der wichtigsten Ergebnisse der Initiative



Phase 1: Entwicklung des VIA-Rahmens für sinnvolle Teilhabe in der inklusiven Bildung und Erziehung

In Phase 1 (2021) sichtete das Team der Agentur Forschungsliteratur in den Bereichen Politik und Wissenschaft, um eine solide konzeptionelle und empirische Basis für die VIA-Initiative zu schaffen. Ferner erfasste und analysierte das Team Beispiele für eine aktive Einbeziehung der Lernenden und Familien in Entscheidungsprozesse, wofür frühere Maßnahmen der Agentur und 19 **Mitgliedsländer der Agentur** als Quelle dienten.

Das Ergebnis dieser Arbeiten liegt in Form der **VIA-Literaturübersicht** (Europäische Agentur, 2022a) vor, die eine konzertierte Argumentation und evidenzbasierte Schlüsselinformationen zu sinnvollen Möglichkeiten liefert, wie die Stimmen der Lernenden und Familien in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich einbezogen werden können.

Die Ergebnisse der Politik- und Literaturrecherche weisen eindeutig auf die zunehmende Erkenntnis hin, dass es wichtig ist, die Stimmen der Lernenden und Familien in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich einzubeziehen. Es fehlt jedoch an Kenntnissen und Kompetenzen, um diese Theorie in unterschiedlichen Kontexten und mit den verschiedensten Interessenvertretern in die Praxis umzusetzen.

 **Wir sind diejenigen, die jeden Tag in der Schule verbringen; also sollten unsere Stimmen am meisten Gewicht haben.** 

(Schülervertretung, VIA-Veranstaltung)

Wesentliche Erkenntnisse aus der Politikrecherche



- Das Recht der Kinder, bei den sie betreffenden Themen angehört und berücksichtigt zu werden, gilt für ALLE Kinder. 30 Jahre hat es gedauert, bis schließlich nach unermüdlicher politischer Arbeit und beständiger Schulpraxis erreicht worden ist, dass Kinder nicht mehr nur als Akteure angesehen werden, sondern dieses Recht tatsächlich auch ausüben können.
- Eine Beratung mit den Familien muss stattfinden, und zwar unter der Voraussetzung, dass bei endgültigen Entscheidungen stets das „Wohl des Kindes“ eine vorrangige Erwägung ist.
- Kinder haben das Recht, von Organisationen, Institutionen und Gemeinden beraten und unterstützt zu werden. Auch Familien steht dieses Recht zu, wenn es darum geht, ihre Pflichten gegenüber Kindern zu erfüllen.



- Eine Angleichung politischer Strategien und die Zusammenarbeit zwischen Interessenvertretern spielen eine zentrale Rolle bei der Sicherung der Rechte von Kindern, Eltern und Familien.
- Länder müssen sich verpflichten, wirksame Verfahren zu systematisieren und zu entwickeln, mit denen die Beteiligung der Lernenden und Familien ermöglicht und ihr Zusammenwirken mit allen Institutionen und Interessenvertretern in allen die Kinder betreffenden Fragen gefördert wird.

Wesentliche Erkenntnisse aus der Literaturrecherche



- Zwar gibt es umfangreiche Literatur zum Thema Stimme und zur Notwendigkeit, der Stimmen der Lernenden im Rahmen des Bildungsdialogs gewahr zu werden, zwischen Forschung und Praxis besteht jedoch nach wie vor eine deutliche Kluft.
- Dass ethische Ansätze fehlen, zeigt sich darin, dass Machtungleichgewichte bestehen, dass Ziele, Methoden und Ergebnisse nicht klar definiert sind und dass einige Stimmen marginalisiert und zum Schweigen gebracht werden.
- In der Forschung steht hauptsächlich die Einbeziehung auf Schul- oder Klassenebene und weniger die Einbeziehung in Entscheidungsprozesse auf politischer Ebene im Mittelpunkt.
- In der Forschungsliteratur ist keine ausführliche Untersuchung der generationenübergreifenden Beteiligung oder der Einbeziehung der Gemeinde in die Bildung und Erziehung zu finden.
- Der Gruppe der von Ausgrenzung bedrohten Erwachsenen und Lernenden wird sich nach wie vor in einem eigenständigen Forschungsgebiet auf der Grundlage verschiedenster Klassifizierungen und „Etikettierungen“ gewidmet.
- Eine aktive Beteiligung an der partizipativen Forschung zu mehreren von Ausgrenzung bedrohten Gruppen findet nur beschränkt statt.
- Durch den verstärkten Einsatz von Ressourcen, die mit der assistiven und digitalen Technologie zur Verfügung stehen und von nichtstaatlichen Stellen sowie von Organisationen der Zivilgesellschaft bereitgestellt werden, könnte ein maßgeblicher Wandel hinsichtlich der Forschungsmethoden zum Thema Stimmen herbeigeführt werden.



Weitere Arbeiten, die im Zuge von Phase 1 durchgeführt wurden, hatten die Entwicklung des VIA-Rahmens für sinnvolle Teilhabe in der inklusiven Bildung und Erziehung zum Ergebnis. Dieser Rahmen, der in der **VIA-Infografik** veranschaulicht ist, umfasst vier wesentliche Elemente: **Raum**, **Stimme**, **Publikum** und **Einfluss**. Diese Elemente entstammen dem von Prof. Laura Lundy von der Queen's University in Belfast entwickelten **Modell für die Beteiligung von Kindern (Lundy, 2007)**.

Beim VIA-Rahmen wurde das Lundy-Modell auf den Kontext der Bildung und Erziehung übertragen und so erweitert, dass nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Familien berücksichtigt werden. Auch andere theoretische Modelle für die Einbeziehung der Lernenden und Familien dienten als Grundlage (z. B. die Arbeiten von **UNICEF, 2020**), sodass umfassendere ethische Erwägungen in den VIA-Rahmen einfließen konnten.

Die vier Elemente beeinflussen sich gegenseitig und iterativ.



Raum wird gemeinhin als Gelegenheit aufgefasst, die eigenen Ansichten in einer sicheren, inklusiven Umgebung zu äußern.



Stimme ist das Vehikel, mit denen Teilnehmende ihre Ansichten äußern können. Damit soll sichergestellt werden, dass jeder seine Ansichten so äußern kann, dass sie für Einzelpersonen oder Gruppen zugänglich, relevant, angemessen und sinnvoll sind.



Einfluss bezieht sich auf die Art und Weise, wie Ansichten bei Entscheidungen berücksichtigt werden, auf die sich so ergebenden Veränderungen und auf die entscheidende Mitwirkung, die auf diese Weise ermöglicht wird.



Publikum umfasst die Rolle des Zuhörenden beim Vortragen der Ansichten. Zuhörende müssen in der Lage sein, die Ansichten anderer Personen verantwortungsbewusst weiterzugeben.

Ein **ethischer Ansatz** zieht sich durch alle Aspekte des VIA-Rahmens, damit für Fragen der Zustimmung, Einwilligung, Zugänglichkeit, Schutzbedürftigkeit, Sicherheit, Machtungleichgewichte, Voreingenommenheit und Transparenz sensibilisiert und darauf eingegangen wird.



VIA-Rahmen

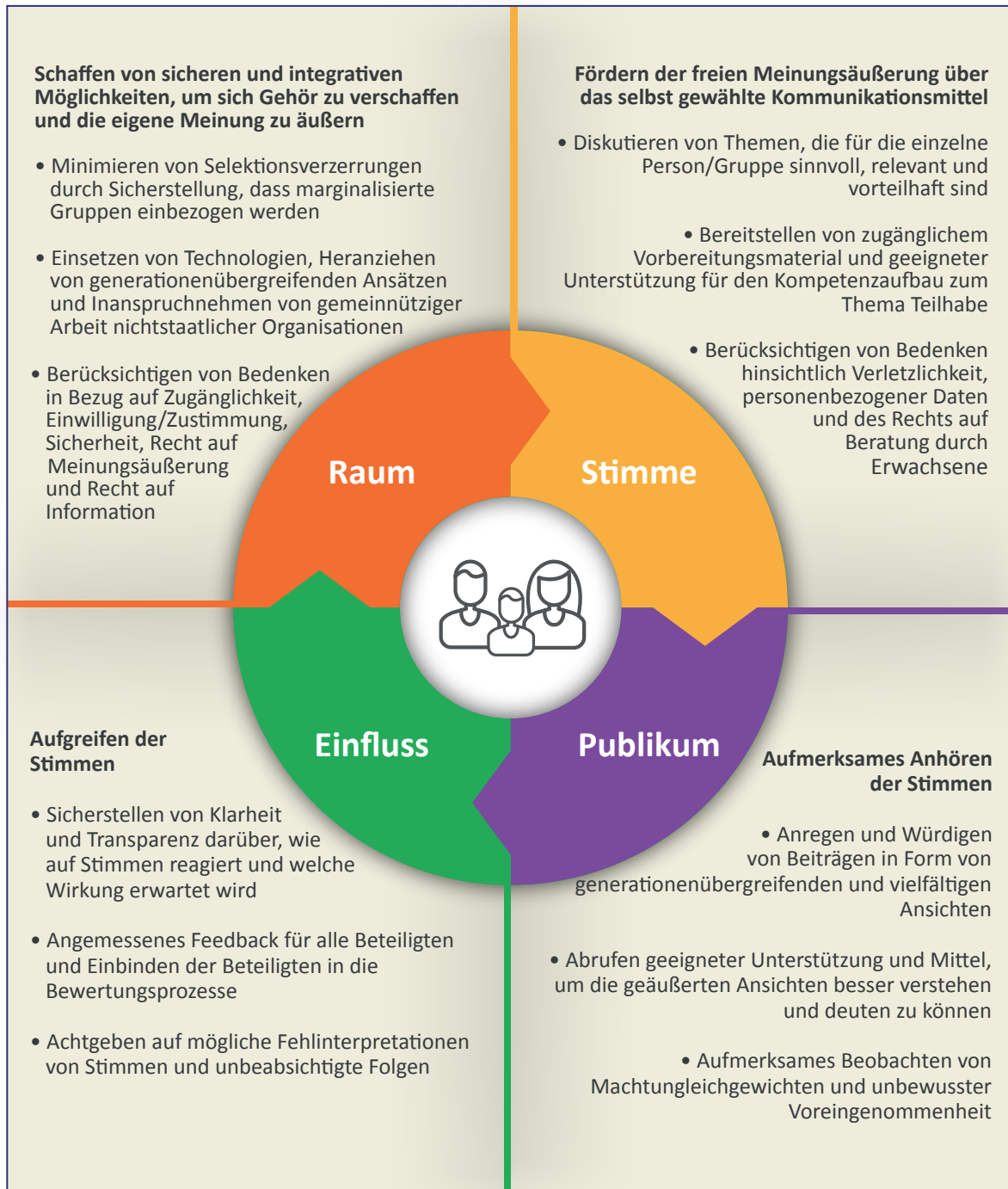


Abbildung 1: VIA-Rahmen für sinnvolle Teilhabe in der inklusiven Bildung und Erziehung – Kernelemente und ethische Erwägungen



Phase 2: Umsetzung des VIA-Rahmens

In Phase 2 (2022) widmeten sich Vertreter aus Island, Malta und Norwegen in einer kleinen Gruppe zusammen mit den Lernenden und Familien interaktiven länderspezifischen Maßnahmen. Der VIA-Rahmen gab die Methodik vor und diente als praktischer Leitfaden für diese Maßnahmen.

Die Beteiligung der Länder hatte Folgendes zum Ziel:

- Ausarbeitung und Validierung der praktischen Aspekte des VIA-Rahmens in Verbindung mit den Kernelementen Raum, Stimme, Publikum und Einfluss
- Beitrag zur Entwicklung des VIA-Toolkits

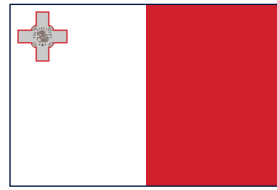
Jedes Land bestimmte sein eigenes Thema und die effizienteste Art, mit den Interessenvertretern auf nationaler oder lokaler Ebene zu arbeiten. Das VIA-Team unterstützte die Länder, indem es ihnen die Fragen zur Selbstreflexion aus dem VIA-Rahmen bereitstellte und sie so durch jedes Stadium begleitete. In Abhängigkeit des gewählten Themas und der Teilnehmenden stellte das VIA-Team den Ländern ferner zweckorientierte praktische Ressourcen (d. h. Tools, Leitlinien und geeignete Methodiken) zur Verfügung.

Im Anschluss an die anfänglichen Gruppendiskussionen entwickelte jedes Land seine individuelle Maßnahme und setzte sie im eigenen nationalen Kontext um. In allen drei Ländern sollte in Form von verschiedenen Maßnahmen zur „Verstimmlichung“, z. B. mittels Lernpfaden, Fokusgruppen, Gesprächen oder Beobachtungen, untersucht werden, welche Erfahrungen die Lernenden und Familien mit dem Thema Beteiligung gemacht hatten.

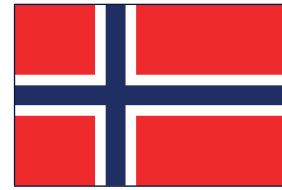




Island
Lernpfade und
Fokusgruppen mit den
Lernenden





Malta
Gespräche mit Familien
Aktivitäten mit den
Lernenden



Norwegen
Beobachtungen
Befragung der Lernenden
Gespräche mit politischen
Entscheidungsträgern

Abbildung 2: Maßnahmen in den drei Ländern

Islands Maßnahmen zielten konkret darauf ab, eine vielversprechende Initiative, die zuvor in einer kleinen Schule mit einem hohen Anteil von Lernenden mit Migrationshintergrund durchgeführt worden war, auszuwerten. Malta wertete die Umsetzung einer politischen Strategie zur Einrichtung von Gruppen für Lernende mit Autismus in Regelschulen aus. Dazu wurden die in diesen Gruppen unterrichteten Lernenden um Input gebeten und ihre Eltern befragt. Norwegen bewertete etablierte Konsultationsprozesse und -strukturen für Schülervertretungen und politische Entscheidungsträger auf nationaler Ebene.

 **Diejenigen von uns, die mit einer Behinderung leben, werden häufig ganz offen von dem Dialog über unser eigenes Leben ausgeschlossen.** 

(Cologon, 2020, S. 2)

Trotz unterschiedlicher Ziele, Tragweiten und Kontexte taten sich in den Gruppendiskussionen und bei der Selbstreflexion im Rahmen dieser länderspezifischen Maßnahmen **gemeinsame Themen** auf, die alle mit dem Ziel der entscheidenden Mitwirkung im Zusammenhang stehen:

- Unabhängig davon, warum im konkreten Fall Stimmen angehört werden, sollten diese Stimmen nicht aus einer homogenen Gruppe, sondern vielmehr von **verschiedensten Lernenden/Familien mit vielfältigen Identitäten und vielschichtigen Erfahrungen** in unterschiedlichen Kontexten stammen.
- Besondere Aufmerksamkeit sollte **gegensätzlichen, widersprüchlichen Ansichten** zuteil werden, die in den einzelnen Gruppen von Lernenden/Familien herrschen.
- Praktische und ethische Fragen stellen sich zu den Themen **Anonymität** und **Zustimmung bzw. Einwilligung nach Aufklärung**, insbesondere bei der Gewinnung von Lernenden, die unterschiedliche Arten von Bedürfnissen/Zugangsproblemen haben.
- Entscheidungen und Änderungen müssen möglicherweise „an Ort und Stelle“ erfolgen, weil beispielsweise zeitliche Zwänge vorliegen oder **unvorhergesehene Ereignisse** eintreten. Die Organisation von persönlichen Treffen mit Lernenden aus allen Teilen des Landes kann zeit- und ressourcenaufwändig sein und muss sorgfältig geplant werden.





- **Schulen und Lehrkräfte** können den Stimmen der Lernenden und Familien besser Gehör verschaffen.
- Besonderes Augenmerk sollte darauf gelegt werden, dass die entscheidende Mitwirkung derjenigen sichergestellt wird, die **schutzbedürftig** oder **marginalisiert** sind oder deren Stimmen nur selten Gehör finden.

Durch diese gemeinsamen Themen wurden zentrale Aspekte des VIA-Rahmens und die **Kernaussagen** der Initiative insgesamt bestätigt.

Die Organisation von partizipativen Maßnahmen im eigenen Kontext mit Unterstützung der Agentur nahmen die Länder zum Anlass, den Prozess auf **systematischere und reflektierte Art und Weise** zu überdenken und den Schwerpunkt dabei ganz klar auf ethische Fragen zu legen und sich diesen in allen Stadien der Maßnahmen zu widmen.

Die Länder wendeten verschiedene Aspekte des VIA-Rahmens an und konnten sich so über das Thema Beteiligung eine fundierte Meinung bilden. Der Vertreter aus Malta merkte Folgendes an:

 **Man hatte einige Vorbehalte und vielleicht auch die Befürchtung, dass es sich bei dem Vorhaben um eine echte Herausforderung handelt, aber im Zuge der Planung und dank der verfügbaren Ausweichmöglichkeiten wurde einem bald klar, dass man diese Stimmen durchaus hören KANN.** 

(Mitglied des Representative Board in Malta)

Der **Synthesebericht** (Europäische Agentur, 2022b) enthält weitere Einzelheiten über die Arbeit der Länder. Besonders für Länder, die die Förderung der entscheidenden Mitwirkung zum Ziel haben, könnte der Bericht von Interesse sein.

Das VIA-Toolkit

Nachdem die Länder ihre Arbeiten abgeschlossen hatten, wurden alle Ergebnisse, Kernaussagen, Praxismaterialien und Ressourcen aus beiden VIA-Phasen in einem öffentlich zugänglichen Online-Toolkit zusammengefasst. Das **VIA-Toolkit** liefert praktische Ansätze für die Zusammenarbeit mit den Lernenden und Familien. Es enthält Hinweise darauf, wie den Stimmen der Lernenden und Familien Rechnung getragen werden kann und wie diese Stimmen konsequent in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Ferner sind in dem Toolkit Beispiele aus Mitgliedsländern der Agentur sowie Hinweise auf einschlägige Maßnahmen und Outputs der Agentur sowie Informationen zu grundlegenden Forschungsarbeiten, politischen Strategien und Initiativen verschiedener internationaler Organisationen zu finden.

Das Toolkit ist eine dynamische Ressource, mit der verschiedene Interessenvertreter über sämtliche Bildungssystemebenen hinweg in ihren Bestrebungen gefördert werden sollen, in ihren Schulen, Gemeinden, Regionen und Ländern zu Akteuren des Wandels zu werden. Zu diesen Interessenvertretern können beispielsweise folgende Gruppen zählen:



- Lernende, Familien, Praktiker und Forschende
- örtliche Führungspersonlichkeiten in Schulen und Gemeinden
- regionale und lokale Behörden
- gemeinnützige Organisationen
- politische Entscheidungsträger auf nationaler Ebene

Mitgliedsländer der Agentur können weiterhin eigene Beispiele für die entscheidende Mitwirkung in das Toolkit laden.

Der Startschuss für das VIA-Toolkit erfolgte im Mai 2023 auf einer VIA-Veranstaltung in Belgrad, Serbien. An dieser Veranstaltung nahmen mehr als 80 politische Entscheidungsträger, Lernende sowie Vertreter von Familien aus den Mitgliedsländern der Agentur teil. Die Teilnehmenden erhielten einen Überblick über die VIA-Initiative und wirkten an interaktiven Maßnahmen mit, in deren Rahmen sie Fragen und Herausforderungen rund um das Thema der entscheidenden Mitwirkung diskutierten. Ferner entstand auf der Veranstaltung ein Video mit den Stimmen der Erwachsenen und Lernenden, die sich zu ihrer Teilnahme an der VIA-Initiative äußerten.



Abbildung 3: Eine Präsentation, die auf der VIA-Veranstaltung von einem Lernenden und einem politischen Entscheidungsträger zusammen gehalten wurde

Kernaussagen für politische Entscheidungsträger

Die im Rahmen der VIA-Initiative gewonnenen Erkenntnisse machen zwar deutlich, dass die Beteiligung der Lernenden und Familien an Entscheidungsprozessen durchaus ein vordringliches Thema für politische Entscheidungsträger im Bildungswesen ist, bisher sind die politischen Strategien jedoch noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Um einen nachhaltigen Wandel zu erreichen, **müssen politische Entscheidungsträger einen Dialog aufbauen** und dabei sicherstellen, dass die Stimmen der Lernenden und Familien Teil des Wandlungsprozesses sind.

Im Rahmen der VIA-Initiative wurden **acht Kernaussagen** formuliert, mit deren Hilfe die entscheidende Mitwirkung der Lernenden und Familien ermöglicht werden soll. Zwar richten sich die Aussagen an politische Entscheidungsträger und andere Fachkräfte und Organisationen in einflussreichen Positionen, sie können aber von allen Interessenvertretern im Bildungsbereich als Orientierungsbasis verwendet werden.



1. Systematisierung von Prozessen für die entscheidende Mitwirkung der Lernenden und Familien auf nationaler, regionaler und lokaler/kommunaler Ebene

Politische Strategien betreffend die Rechte der Lernenden und Familien sollten deutliche, im Zuge sektorübergreifender Zusammenarbeit entwickelte Prozesse für die Umsetzung im gesamten Bildungssystem aufzeigen. Grundsätzlich ist es von Bedeutung, die unterstützende und befähigende Rolle der Familien anzuerkennen, wenn die Stimmen der Lernenden gehört und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollen.

2. Erhöhung der Beteiligung an der Gestaltung von Gesetzgebung und Politik

Die Beteiligung der Lernenden und Familien auf politischer Ebene darf nicht zum Schein erfolgen, sondern muss tatsächlich gegeben sein. Gruppen und Einzelpersonen, die bisher keinen Einfluss auf politische Entscheidungen hatten, die sie selbst, ihre Peers, ihre Schulen und Gemeinden betreffen, müssen aktiv einbezogen werden.

3. Anwendung ethischer Ansätze in allen Stadien der Beteiligung

Ethische Ansätze kommen bei Fragen der Zustimmung, der Sicherheit und des Datenschutzes der Beteiligten zur Anwendung. Dabei wird berücksichtigt, wie Stimmen erfasst, registriert, verkündet und eingesetzt werden, ob diese Ansätze den Lernenden und/oder Familien zugutekommen und wie offen Informationen vermittelt werden. Wichtig ist, dass Machtungleichgewichten bei der Beteiligung entgegengewirkt wird.

4. Ermittlung und Einbeziehung marginalisierter, unbeachteter und zum Schweigen gebrachter Stimmen

Politische Entscheidungsträger sollten mit Schulen und Gemeinden zusammenarbeiten, um die Stimmen derjenigen zu ermitteln und einzubeziehen, die marginalisierten Gruppen angehören. Sie sollten die Wechselbeziehungen zwischen jungen Menschen und Erwachsenen anerkennen und die Rolle der Familien bei der Entwicklung und Festigung der Stimmen der Lernenden in Bezug auf Bildungsfragen würdigen.

5. Berücksichtigung der Vielschichtigkeit diverser Gruppen und sich überschneidender Identitäten

Alle Interessenvertreter sollten bedenken, dass sich Gruppen aus mehreren Einzelpersonen zusammensetzen. So ist die Erwägung, dass bei Lernenden und Familien möglicherweise mehrere Identitäten und Kontexte bestehen, die sich überschneiden und ihre Perspektiven gestalten, von entscheidender Bedeutung. Doch selbst Lernende oder Familien mit gleichen Eigenschaften oder „Etikettierungen“ haben ihre eigenen Erfahrungen und ihre eigene Stimme. Dieser Ansatz kann zu Veränderungen führen, die allen Lernenden und allen Familien zugutekommen.



6. Einsatz vieler verschiedener Modelle, Ansätze und Ressourcen, um allen eine sinnvolle Teilhabe zu ermöglichen

Um der Vielfalt der Lernenden und Familien gerecht zu werden, ist es wichtig, viele verschiedene Ressourcen heranzuziehen und in jedem Stadium für Gerechtigkeit zu sorgen. Programmveranstalter und politische Entscheidungsträger können auf verschiedene konzeptionelle Modelle zurückgreifen, um partizipative Maßnahmen in Politik und Praxis zu organisieren. Diese Modelle enthalten häufig Punkte für die Selbstreflexion und für Diskussionen sowie praktische Erwägungen und Leitfäden. Technologie bietet Flexibilität, was die Förderung der entscheidenden Mitwirkung auf unterschiedliche Art und Weise anbelangt.

7. Aufbau von Kapazitäten für die entscheidende Mitwirkung und das aktive Zuhören

Interessenvertreter in Führungspositionen stehen in der Verantwortung, Lernenden und Familien nicht nur Möglichkeiten für die entscheidende Mitwirkung auf allen Ebenen zu bieten, sondern sie auch beim Aufbau von dazu erforderlichen Kapazitäten zu unterstützen. Es ist also unerlässlich, Lernende und Familien in geeigneter Weise bei der Erweiterung von Kenntnissen, Kompetenzen und Einsichten zu unterstützen, die sie für ihre Mitwirkung benötigen.

8. Pflege der Kontakte zu nichtstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen

Lobbygruppen, Verbänden sowie lokalen und internationalen Organisationen kommt bei der Sensibilisierung für die Rechte und Bedürfnisse von vernachlässigten Gruppen eine bedeutende Rolle zu. Diese Organisationen leisten häufig eigene Forschungsarbeit zu diesen Fragen und erarbeiten zugängliche, praktische Ressourcen über Stimmen und Beteiligung. Diese Ressourcen, die zu einem Teil im **VIA-Toolkit** enthalten sind, können auf Entscheidungsprozesse und die Politikgestaltung im Bereich der inklusiven Bildung und Erziehung angewendet werden. Dass durch die Entwicklung von Synergien und neuen Formen der Zusammenarbeit mit diesen Sektoren Vorteile entstehen können, ist für politische Entscheidungsträger ein wichtiger Aspekt.

Schlussbemerkungen

Im Rahmen der VIA-Initiative wurden einige Möglichkeiten aufgezeigt, wie die partizipative Politikgestaltung im Bildungsbereich bedeutungsvoll und nachhaltig sein kann. Zu diesem Zweck wurde der VIA-Rahmen für sinnvolle Teilhabe in der inklusiven Bildung und Erziehung erarbeitet, der im VIA-Toolkit enthalten ist und der Interessenvertretern als reflektives Instrument dienen soll, um Schwierigkeiten und Hindernisse zu beseitigen, die der Beteiligung an Entscheidungsprozessen entgegenstehen.

Im Rahmen der VIA-Initiative wurde die Bedeutung von **generationenübergreifenden Ansätzen** herausgestellt, bei denen die Zusammenarbeit von Lernenden, Familien und politischen Entscheidungsträgern im Bildungsbereich aller Ebenen im Vordergrund steht. Als möglicher Lösungsweg wurde ein **Top-down-Ansatz für die Politik** vorgeschlagen, **der von Initiativen von unten nach oben** auf lokaler und schulischer Ebene flankiert werden soll.

Dieser kombinierte Ansatz bietet eine Möglichkeit, auf marginalisierte und schwache Stimmen aufmerksam zu machen und eine aktivere Beteiligung zu fördern. Gleichzeitig wird aber auch empfohlen, für die Gestaltung und Umsetzung der Politik demokratischere und



direktere Wege einzuschlagen, indem politische Entscheidungsträger in interaktive, stimmorientierte Maßnahmen mit Lernenden und Familien auf lokaler Ebene eingebunden werden.

Die Hoffnung ist, dass die VIA-Initiative und die zugehörigen Kernaussagen für eine systematischere Einbeziehung der Lernenden und Familien in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich dazu beitragen können, eine Kultur zu schaffen, in der Stimmen wirklich Gehör finden und in ihrem Sinne gehandelt wird.

Literatur

Cologon, K., 2020. 'Is inclusive education really for everyone? Family stories of children and young people labelled with "severe and multiple" or "profound" "disabilities"' [„Ist inklusive Bildung und Erziehung wirklich für jeden? Familiengeschichten über Kinder und Jugendliche mit sogenannter ‚Schwerbehinderung‘ oder ‚Mehrfachbehinderung‘“] *Research Papers in Education*, 37 (3), S. 395–417

Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung, 2022a. *Voices into Action – The Voices of Learners and their Families in Educational Decision-Making: Literature Review [Von der Stimme zur Tat – Die Stimmen der Lernenden und ihrer Familien in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich: Literaturübersicht]*. (D.C. Murdoch, A. Mangiaracina und A. Kefallinou, Hrsg.). Odense, Dänemark

Europäische Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung, 2022b. *Voices into Action: Promoting learner and family participation in educational decision-making [Von der Stimme zur Tat: Förderung der Beteiligung der Lernenden und Familien in Entscheidungsprozesse im Bildungsbereich]*. (A. Kefallinou, D.C. Murdoch, A. Mangiaracina und S. Symeonidou, Hrsg.). Odense, Dänemark

Lundy, L., 2007. "Voice" is not enough: Conceptualising Article 12 of the United Nations Convention on the Rights of the Child' [„Stimme‘ ist nicht genug: Konzeptualisierung von Artikel 12 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes“] *British Educational Research Journal*, 33 (6), S. 927–942

UNICEF, 2020. *Engaged and Heard! Guidelines on Adolescent Participation and Civic Engagement [Eingebunden und angehört! Leitlinien für die Beteiligung von Jugendlichen und die Bürgerbeteiligung]*. New York: UNICEF



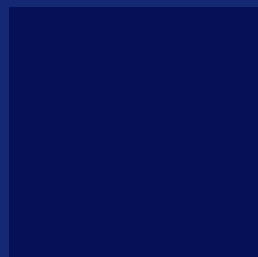


Sekretariat:

Østre Stationsvej 33
DK-5000
Odense C
Denmark
Tel.: +45 64 41 00 20
secretariat@european-agency.org

Büro in Brüssel:

Rue Montoyer 21
BE-1000
Brussels
Belgium
Tel.: +32 2 213 62 80
brussels.office@european-agency.org



www.european-agency.org